

Parolenspiegel

22.09.2013

Thema	Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 22. September 2013
Für Rückfragen	Maleica Landolt, Kopräsidentin glp Stadt Zürich: +41 79 317 33 71 Martin Luchsinger, Kopräsident glp Stadt Zürich: +41 76 399 51 14
Absender	Grünliberale Partei Stadt Zürich zurich@grunliberale.ch Website: www.zurich.grunliberale.ch



Nationale Abstimmungsvorlagen:

- **Ja** zur Revision des Arbeitsgesetzes
- **Ja** zur Anpassung des Epidemiegesetzes
- **Nein** zur Abschaffung der Wehrpflicht

Begründung: siehe Anhang



Kantonale Abstimmungsvorlagen:

- **Ja** zur Volksinitiative «für mehr Demokratie»

Begründung: siehe Anhang



Städtzürcher Abstimmungsvorlagen:

- **Nein** zum Stadion Hardturm (Objektkredit von 216 Millionen Franken)

Begründung: siehe Anhang

Mit herzlichen Grüssen

Der Vorstand der Grünliberalen Partei der Stadt Zürich

NEIN zum Objektkredit für das Hardturm-Stadion (216 Millionen Franken)

Die Stadionvorlage war an der MV bei den glp-Mitgliedern sehr umstritten. Insbesondere die Defizitgarantie und die hohen Kosten gaben Anlass zur Diskussion. Trotz engagierter Argumente beider Seiten haben sich die Mitglieder überraschend deutlich mit einer 2/3 Mehrheit für die Nein-Parole entschieden. Die Kosten für den Bau des Stadions betragen 216 Millionen Franken. Hinzu kommt eine Beteiligung von höchstens 5 Millionen Franken sowie der jährlich wiederkehrende Betriebsbeitrag von rund 8,3 Millionen Franken an die Betriebsgesellschaft.

Objektkredit für die Wohnsiedlung im Hardturm-Areal (103 Millionen Franken)

Der geplante Bau einer Wohnsiedlung auf dem Hardturm-Areal ist mit der Stadionvorlage verknüpft. Bei einem Nein zum Stadion fiel das Grundstück automatisch an die Landbesitzerin Credit Suisse zurück und die Wohnsiedlung könnte so nicht gebaut werden. Konsequenterweise verzichtet die glp deshalb auf eine separate Parole zur Wohnüberbauung.

Grünliberale Partei Kanton Zürich

JA zur Volksinitiative «für mehr Demokratie»

Die Grünliberalen setzen sich für eine gesellschaftsliberale Haltung, einen nachhaltigen Föderalismus und eine Stärkung der Gemeindeautonomie ein. Bei der Abstimmung zur Volksinitiative «für mehr Demokratie» steht primär die Stärkung des Föderalismus im Fokus. Die einzelnen Zürcher Gemeinden haben bei einer Annahme der Initiative die Möglichkeit, ihrer ausländischen Bevölkerung das Stimm- und Wahlrecht zu erteilen, sofern dies die Stimmberechtigten der jeweiligen Gemeinde so beschliessen. Diese Initiative bedeutet somit kein automatisches Ausländerstimmrecht, sondern die Erweiterung der Gemeindeautonomie. Die Grünliberalen empfehlen den Stimmberechtigten den Gemeinden dieses zusätzliche Recht einzuräumen.

Grünliberale Partei Schweiz

JA zur Revision des Arbeitsgesetzes

Die glp befürwortet die Änderung des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel. Es macht keinen Sinn, dass Tankstellenshops, die nachts sowieso geöffnet haben, einen Teil ihres Sortiments wegsperren müssen. Die Grünliberalen gingen gerne noch weiter und streben eine noch liberalere Lösung an. So setzt sich die glp für eine Lockerung des Sonntagsverkaufsverbots für kleinere familiengeführte Quartier- und Dorfläden ein. Dies würde Quartier- und Dorfläden gleiche Spiesse im Wettbewerb geben und viele Autofahrten unnötig machen.

JA zur Anpassung des Epidemiegesetzes

Des Weiteren spricht sich die glp für die Revision des Epidemiegesetzes aus. Das neue Gesetz bringt eine verbesserte Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen. Das in der Kritik stehende Impfblogatorium gab es auch schon beim alten Gesetz; es wird neu einfach genauer umschrieben und eingeschränkt. Zudem ist ein Obligatorium nicht mit einem Impfwang gleichzusetzen. Auch mit dem neuen Gesetz wird niemand zu einer Impfung gezwungen. Beispielsweise kann im Gesundheitswesen nicht geimpftes Personal auf einer anderen Abteilung eingesetzt werden.

NEIN zur Abschaffung der Wehrpflicht – Dienstpflicht als Alternative

Für die Grünliberalen geht die Volksinitiative zur Aufhebung der Wehrpflicht zu weit. Bei einer akuten Bedrohungslage soll weiterhin die Möglichkeit einer Militärdienstpflicht bestehen. Zudem ist zu bedenken, dass bei einer ungenügenden Anzahl Freiwilliger die Gefahr einer schleichenden Einführung einer Berufsarmee besteht. Eine Berufsarmee würde aber, neben anderen Nachteilen, mit grosser Wahrscheinlichkeit zu hohen Mehrkosten bei der Landesverteidigung führen. Als Alternative befürworten die Grünliberalen eine allgemeine Dienstpflicht mit einer Wahlfreiheit zwischen Armee, Bevölkerungsschutz oder Zivildienst.